



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Franz Rieger, Josef Zellmeier, Sandro Kirchner, Martin Bachhuber, Alex Dorow, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Harald Kühn, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Alfred Sauter, Ulrike Scharf, Klaus Stöttner, Walter Taubeneder, Steffen Vogel, Ernst Weidenbusch, Georg Winter** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 18/7415

Corona-Krise gemeinsam bewältigen – Echte Solidarität für ein starkes, stabiles Europa statt Vergemeinschaftung von Schulden

Der Landtag stellt fest:

Mit dem vor Ostern beschlossenen Hilfspaket mit einem Umfang von rund 540 Mrd. Euro zeigt Europa Solidarität mit den schwer betroffenen Mitgliedstaaten, mit den Unternehmen und den Beschäftigten. Deutschland trägt dieses Hilfsprogramm mit und einen erheblichen Anteil dazu bei.

Europa muss über diese Sofortmaßnahmen hinaus die Folgen der Krise gemeinsam bewältigen, insgesamt wieder stärker, wettbewerbsfähiger und stabiler werden. Gezielte Investitionen und strukturelle Verbesserungen in allen Mitgliedstaaten sind dazu nötig. Der mehrjährige Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 kann dafür die richtigen Anreize und eine passende Unterstützung bieten. Dabei dürfen die Beiträge und Risikoübernahmen der einzelnen Mitgliedstaaten, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, jedoch nicht unangemessen erhöht werden, um den Handlungsspielraum der einzelnen Mitgliedstaaten zu erhalten.

Einer Finanzierung von Maßnahmen durch Instrumente gemeinsamer Verschuldung wie etwa europäische Staatsanleihen (sog. „Euro-Bonds“, „Recovery-Bonds“ oder „Corona-Bonds“) erteilt der Landtag in jedweder Form eine klare Absage. Sie entsprechen nicht dem Gedanken der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Jeder Mitgliedstaat trägt die Verantwortung für seine Politik. Vielmehr ist von allen Mitgliedstaaten europäischer Geist und Ehrgeiz gefordert. Gelebte Solidarität muss Hand in Hand gehen mit nationalen Bemühungen um eine starke Wirtschaft, ein nachhaltiges Sozialwesen und stabile Finanzen.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident